Allgemeine Verkaufsbedingungen (AVB)

KMS Automation GmbH

Im Webertal 20, 78713 Schramberg · HRB 480901 (AG Stuttgart) · DE185217793 · Stand: 11/2026

§ 1 Geltungsbereich und Vertragspartner

(1) Diese Allgemeinen Verkaufsbedingungen (nachfolgend „AVB“) gelten für sämtliche Verträge, Lieferungen und sonstigen Leistungen zwischen der KMS Automation GmbH (nachfolgend „Auftragnehmer“), Im Webertal 20, 78713 Schramberg, HRB 480901, DE185217793, und ihren Geschäftspartnern (nachfolgend „Auftraggeber“).

(2) Diese AVB gelten ausschließlich gegenüber Unternehmern im Sinne von § 14 BGB, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen (§ 310 Abs. 1 BGB). Ein Vertragsschluss mit Verbrauchern im Sinne von § 13 BGB ist ausgeschlossen.

(3) Es gelten ausschließlich diese AVB. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden nur dann Vertragsbestandteil, wenn der Auftragnehmer ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Dies gilt auch dann, wenn der Auftragnehmer in Kenntnis der AVB des Auftraggebers die Lieferung vorbehaltlos ausführt.

(4) Diese AVB gelten auch für alle zukünftigen Geschäfte mit dem Auftraggeber, ohne dass es einer erneuten ausdrücklichen Einbeziehung bedarf.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Angebote des Auftragnehmers sind freibleibend und unverbindlich, sofern nicht ausdrücklich als „verbindlich“ gekennzeichnet.

(2) Die Bestellung des Auftraggebers stellt ein bindendes Vertragsangebot dar. Der Auftragnehmer kann dieses Angebot innerhalb von 14 Kalendertagen durch Zusendung einer Auftragsbestätigung in Textform oder durch Ausführung der Lieferung annehmen.

(3) Bei individuell konstruierten Maschinen und Anlagen (Sondermaschinenbau) werden technische Spezifikationen, Leistungsbeschreibungen (Pflichtenheft/Lastenheft) und Liefertermine gesondert schriftlich vereinbart. Diese werden Bestandteil des jeweiligen Einzelvertrags.

(4) Änderungen und Ergänzungen des Vertrags bedürfen der Textform.

(5) Maße, Gewichte, Leistungsdaten, Abbildungen und technische Unterlagen in Angeboten, Katalogen und Prospekten sind nur annähernd maßgeblich, soweit sie nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet werden.

§ 3 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Es gelten die im Angebot bzw. in der Auftragsbestätigung genannten Preise, jeweils zzgl. der jeweiligen aktuellen gesetzlichen Umsatzsteuer, zzgl. Verpackung, Fracht, Versicherung sowie sonstiger Nebenkosten (z. B. Zoll), sofern nichts anderes vereinbart ist.

(2) Sofern nichts anderes vereinbart ist, gelten Preise „ab Werk“ (EXW gemäß Incoterms 2020).

(3) Bei Sondermaschinen und Projekten mit längerer Ausführungsdauer ist der Auftragnehmer berechtigt, Abschlagszahlungen nach folgendem Zahlungsplan zu vereinbaren, sofern im Einzelvertrag nichts Abweichendes festgelegt ist. Als längere Ausführungsdauer gilt ein Projekt mit einer Laufzeit von über sechs Monaten.

- 30 % Anzahlung bei Auftragsbestätigung
- 60 % vor Versand bzw. bei Bereitstellung zur Endabnahme
- 10 % nach erfolgter Endabnahme/Inbetriebnahme

(4) Rechnungen sind, sofern nicht anders vereinbart, innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungszugang ohne Abzug zur Zahlung fällig. Spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung befindet sich der Auftraggeber in Verzug, ohne dass es hierfür einer gesonderten Mahnung bedarf.

(5) Bei Zahlungsverzug ist der Auftragnehmer berechtigt, Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe (§ 288 BGB) sowie die Pauschale nach § 288 Abs. 5 BGB zu berechnen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt vorbehalten.

(6) Der Auftraggeber ist zur Aufrechnung nur berechtigt, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Auftragnehmer anerkannt sind. Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts ist der Auftraggeber nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

§ 4 Lieferung, Versand, Liefertermine, Gefahrübergang

(1) Liefertermine und -fristen sind nur verbindlich, wenn sie vom Auftragnehmer ausdrücklich in Textform als „verbindlich“ bestätigt wurden. Andernfalls sind sie unverbindliche Angaben.

(2) Liefertermine setzen die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung der Mitwirkungspflichten des Auftraggebers voraus (z. B. Bereitstellung von Plänen, Genehmigungen, Freigaben, Zahlungen). Verzögerungen aus diesem Grund, die der Auftraggeber zu vertreten hat, verlängern die Lieferfrist entsprechend.

(3) Der Auftragnehmer haftet nicht für Verzögerungen, die auf höherer Gewalt oder Ereignissen beruhen, die die Lieferung wesentlich erschweren oder unmöglich machen (z. B. Betriebsstörungen, Rohstoff- oder Energiemange0, lLieferengpässe bei Vorlieferanten, sofern der Auftragnehmer ein kongruentes Deckungsgeschäft abgeschlossen hat und der Vorlieferant gleichwohl nicht beliefert, Streik, behördliche Maßnahmen, Pandemien). Diese Umstände berechtigen den Auftragnehmer, die Lieferung um die Dauer der Behinderung zzgl. einer angemessenen Anlaufzeit hinauszuschieben. Verlängert sich die Lieferzeit infolge der vorstehenden Umstände um mehr als sechs Wochen, ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag hinsichtlich der noch nicht erbrachten Leistungen mit sofortiger Wirkung zu kündigen oder vom Vertrag insoweit zurückzutreten. Ein Anspruch auf Schadensersatz besteht in diesem Fall nicht. Auch der Auftragnehmer ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen, wenn die Lieferung infolge der vorstehenden Umstände für die Dauer von mehr als drei Monaten unmöglich oder unzumutbar ist. Bereits erbrachte Leistungen werden nach Maßgabe der §§ 326 Abs. 1 Satz 2, 346 ff. BGB abgewickelt.

(4) Teillieferungen sind zulässig, soweit dem Auftraggeber dies zumutbar ist.

(5) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware geht mit Übergabe an den Spediteur/Frachtführer, spätestens jedoch mit Verlassen des Werks, auf den Auftraggeber über (Versendungskauf gem. § 447 BGB), auch wenn Teillieferungen erfolgen oder der Auftragnehmer weitere Leistungen (z. B. Montage) übernommen hat (Abs. 6 bleibt unberührt). Wird die Übergabe/Versendung infolge eines Umstands, dessen Ursache beim Auftraggeber liegt, verzögert, geht die Gefahr mit Meldung der Versandbereitschaft über.

(6) Bei vereinbarter Montage oder Inbetriebnahme durch den Auftragnehmer geht die Gefahr mit Abnahme, spätestens jedoch mit Inbetriebnahme, über.

§ 5 Eigentumsvorbehalt

(1) Der Auftragnehmer behält sich das Eigentum an der gelieferten Ware bis zur vollständigen Bezahlung sämtlicher Forderungen aus der Geschäftsverbindung mit dem Auftraggeber vor (verlängerter und erweiterter Eigentumsvorbehalt).

(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Vorbehaltsware pfleglich zu behandeln und ausreichend gegen Schäden zu versichern. Bei Pfändungen oder sonstigen Eingriffen Dritter hat der Auftraggeber unverzüglich in Textform auf das Eigentum des Auftragnehmers hinzuweisen und den Auftragnehmer zu informieren.

(3) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Vorbehaltsware im ordentlichen Geschäftsgang weiterzuveräußern. Er tritt bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Rechnungsendbetrags aus der Weiterveräußerung an den Auftragnehmer ab; der Auftragnehmer nimmt diese Abtretung an.

(4) Bei Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung der Vorbehaltsware mit anderen, nicht dem Auftragnehmer gehörenden Waren steht diesem das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Rechnungswerts der Vorbehaltsware zu den anderen verarbeiteten Waren zu.

(5) Übersteigt der realisierbare Wert der Sicherheiten die gesicherten Forderungen um mehr als 10 %, ist der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, Sicherheiten nach seiner Wahl freizugeben.

§ 6 Gewährleistung und Mängelrechte

(1) Für Mängel der Ware haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Der Auftraggeber hat die Ware unverzüglich nach Ablieferung zu untersuchen und offensichtliche Mängel innerhalb von 7 Werktagen, verdeckte Mängel unverzüglich nach ihrer Entdeckung, in Textform zu rügen (§ 377 HGB). Unterbleibt die Anzeige, gilt die Ware als genehmigt, es sei denn, es handelt sich um einen Mangel, der bei der Untersuchung nicht erkennbar war.

(3) Bei berechtigten Mängelrügen leistet der Auftragnehmer nach eigener Wahl Nacherfüllung durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung.

(4) Schlägt die Nacherfüllung fehl oder wird sie zu Unrecht verweigert bzw. verzögert, kann der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern.

(5) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt 12 Monate ab Gefahrübergang, sofern nicht gesetzlich eine längere Frist zwingend vorgeschrieben ist (z. B. bei Vorsatz, arglistigem Verschweigen des Mangels, Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Rückgriffsansprüchen gemäß §§ 478, 445b BGB).

(6) Für vom Auftraggeber beigestellte Materialien, Konstruktionsvorgaben, Zeichnungen oder Spezifikationen übernimmt der Auftragnehmer keine Gewähr, soweit sich hieraus Mängel ergeben.

(7) Bei individuell konstruierten Anlagen gilt eine förmliche Endabnahme (§ 7) als vereinbart. Mit deren Durchführung beginnt die Gewährleistungsfrist. Wird die Abnahme zu Unrecht verweigert, so beginnt die Gewährleistungsfrist mit der Inbetriebnahme der Anlage.

§ 7 Endabnahme bei individuellen Anlagen

(1) Bei Sondermaschinen und individuell gefertigten Anlagen erfolgt vor Übergabe eine gemeinsame Endabnahme (Werksabnahme und/oder Abnahme am Aufstellort), bei der die vertraglich vereinbarten Leistungsmerkmale anhand eines Abnahmeprotokolls überprüft werden.

(2) Über die Abnahme wird ein schriftliches Protokoll erstellt, das von beiden Parteien zu unterzeichnen ist. Werden dabei Mängel festgestellt, die die Funktionsfähigkeit nicht wesentlich beeinträchtigen, kann die Abnahme unter Vorbehalt der Mängelbeseitigung erfolgen.

(3) Nimmt der Auftraggeber die Anlage trotz Kenntnis von Mängeln in Betrieb bzw. verweigert er die Abnahme nicht innerhalb von 10 Werktagen nach Aufforderung unter Angabe konkreter, wesentlicher Mängel, gilt die Abnahme als erfolgt (fiktive Abnahme).

(4) Kosten für Wiederholungsabnahmen, die durch vom Auftraggeber zu vertretende Mängel oder durch Nichterscheinen erforderlich werden, trägt der Auftraggeber.

§ 8 Haftung und Haftungsbeschränkung

(1) Der Auftragnehmer haftet unbeschränkt:
- bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit,
- bei der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit,
- nach Maßgabe des Produkthaftungsgesetzes,
- bei arglistigem Verschweigen eines Mangels oder Übernahme einer Beschaffenheitsgarantie.

(2) Bei leicht fahrlässiger Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertrauen darf (Kardinalpflicht), ist die Haftung des Auftragnehmers der Höhe nach auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt.

(3) Soweit nicht § 8 Abs. 2 gilt, ist die Haftung des Auftragnehmers für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für mittelbare Schäden, entgangenen Gewinn und Produktionsausfall, soweit diese nicht auf einer Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht beruhen.

(4) Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zugunsten der gesetzlichen Vertreter, leitenden Angestellten und sonstigen Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers, ausgenommen ist die Haftung wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

(5) Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

§ 9 Nutzungsrechte und geistiges Eigentum

(1) An sämtlichen im Rahmen der Angebotserstellung und Vertragsdurchführung überlassenen Unterlagen (Konstruktionszeichnungen, technischen Dokumentationen, Software, Steuerungsprogrammen etc.) behält sich der Auftragnehmer alle Eigentums- und Urheberrechte vor.

(2) Diese Unterlagen dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftragnehmers weder Dritten zugänglich gemacht noch für andere Zwecke als den vertraglich vereinbarten verwendet, vervielfältigt oder bearbeitet werden.

(3) Soweit im Lieferumfang Software (z. B. Steuerungssoftware) enthalten ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein nicht ausschließliches, nicht übertragbares Nutzungsrecht zum bestimmungsgemäßen Betrieb der gelieferten Anlage ein. Der Quellcode ist von der Nutzungsrechtseinräumung nicht umfasst, sofern nichts anderes in Textform vereinbart wurde.

§ 10 Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten des Auftraggebers im Rahmen der Vertragsanbahnung und -durchführung unter Beachtung der Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

(2) Nähere Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten sind der Datenschutzerklärung des Auftragnehmers unter www.kms-automation.de zu entnehmen.

(3) Soweit im Rahmen der Vertragsdurchführung eine Auftragsverarbeitung im Sinne von Art. 28 DSGVO erforderlich ist, schließen die Parteien eine gesonderte Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung ab.

§ 11 Vertragslaufzeit und Kündigung (bei Wartungs-/Serviceverträgen)

(1) Sofern zwischen den Parteien ein Wartungs-, Service- oder sonstiger Dauerschuldvertrag geschlossen wird, gelten die im jeweiligen Einzelvertrag vereinbarten Laufzeiten und Kündigungsfristen.

(2) Ist keine abweichende Regelung getroffen, kann ein solcher Vertrag von beiden Parteien mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres ordentlich gekündigt werden.

(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 12 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

(1) Für sämtliche Rechtsbeziehungen zwischen den Parteien gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).

(2) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis ist, soweit der Auftraggeber Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, der Sitz des Auftragnehmers in Rottweil. Der Auftragnehmer ist jedoch auch berechtigt, am allgemeinen Gerichtsstand des Auftraggebers zu klagen.

§ 13 Salvatorische Klausel

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser AVB unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt.

(2) Diese AVB sind in deutscher und englischer Sprache abgefasst. Im Falle von Auslegungsunterschieden oder Übersetzungsfehlern ist ausschließlich die deutsche Fassung maßgeblich.

General Terms and Conditions of Sale (GTS)

KMS Automation GmbH

Im Webertal 20, 78713 Schramberg, Germany · HRB 480901 (Local Court of Stuttgart) · VAT ID DE185217793 · 11/2026

§ 1 Scope and Contracting Parties

(1) These General Terms and Conditions of Sale (hereinafter "GTS") apply to all contracts, deliveries and other services between KMS Automation GmbH (hereinafter "Contractor"), Im Webertal 20, 78713 Schramberg, HRB 480901, DE185217793, and its business partners (hereinafter "Customer").

(2) These GTS apply exclusively to entrepreneurs within the meaning of Section 14 of the German Civil Code (BGB), legal entities under public law and special assets under public law (Section 310(1) BGB). Contracts with consumers within the meaning of Section 13 BGB are excluded.

(3) Only these GTS apply. Deviating, conflicting or supplementary general terms and conditions of the Customer shall become part of the contract only if the Contractor has expressly agreed to their application in writing. This also applies if the Contractor performs delivery without reservation despite being aware of the Customer's terms and conditions.

(4) These GTS also apply to all future transactions with the Customer without the need for express re-incorporation.

§ 2 Conclusion of Contract

(1) The Contractor's offers are non-binding and subject to change unless expressly designated as "binding".

(2) The Customer's order constitutes a binding offer to enter into a contract. The Contractor may accept this offer within 14 calendar days by sending an order confirmation in text form or by carrying out the delivery.

(3) Unless otherwise agreed, invoices are due for payment without deduction within 14 days of receipt of the invoice. At the latest 30 days after due date and receipt of a proper invoice, the Customer is in default without the need for a separate reminder.

(4) Amendments and supplements to the contract require text form.

(5) Dimensions, weights, performance data, illustrations and technical documents in offers, catalogues and brochures are only approximate unless expressly designated as binding.

§ 3 Prices and Payment Terms

(1) The prices stated in the offer or order confirmation apply, plus statutory value added tax at the applicable rate, packaging, freight, insurance and other incidental costs (e.g. customs duties), unless otherwise agreed.

(2) Unless otherwise agreed, prices are "ex works" (EXW, Incoterms 2020).

(3) For special-purpose machines and projects of longer duration, the Contractor is entitled to agree on instalment payments according to the following payment schedule, unless the individual contract provides otherwise. Projects with a term of more than six months are deemed to be of longer duration.

- 30 % down payment upon order confirmation
- 60 % before shipment or upon notification that the goods are ready for final acceptance
- 10 % after final acceptance/commissioning

(4) Unless otherwise agreed, invoices are due for payment without deduction within 14 days of the invoice date. After expiry of this payment period, the Customer is in default without the need for a separate reminder.

(5) In the event of late payment, the Contractor is entitled to charge default interest at the statutory rate (Section 288 BGB) and the lump sum under Section 288(5) BGB. The right to claim further damages caused by default is reserved.

(6) The Customer may set off only with counterclaims that have been legally established, are undisputed or have been acknowledged by the Contractor. The Customer may exercise a right of retention only to the extent that its counterclaim is based on the same contractual relationship.

§ 4 Delivery, Shipment, Delivery Dates, Transfer of Risk

(1) Delivery dates and periods are binding only if expressly confirmed by the Contractor in text form as "binding". Otherwise they are non-binding indications.

(2) Delivery dates presuppose that the Customer duly and timely fulfils its cooperation obligations (e.g. provision of plans, permits, approvals, payments). Delays for which the Customer is responsible extend the delivery period accordingly.

(3) The Contractor is not liable for delays caused by force majeure or by events that make delivery substantially more difficult or impossible (e.g. operational disruptions, shortage of raw materials or energy, supply bottlenecks at upstream suppliers, provided the Contractor has concluded a congruent covering transaction and the upstream supplier nevertheless fails to deliver, strikes, official measures, pandemics). These circumstances entitle the Contractor to postpone delivery for the duration of the impediment plus a reasonable start-up period. If the delivery time is extended by more than six weeks as a result of the above circumstances, the Customer is entitled to terminate or withdraw from the contract with immediate effect with regard to the services not yet rendered. No claim for damages exists in this case. The Contractor is likewise entitled to terminate the contract if delivery is impossible or unreasonable for more than three months as a result of the above circumstances. Services already rendered shall be settled in accordance with Sections 326(1) sentence 2 and 346 et seq. BGB.

(4) Partial deliveries are permissible insofar as this is reasonable for the Customer.

(5) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the goods passes to the Customer upon handover to the forwarder/carrier, at the latest upon leaving the plant (sale involving carriage, Section 447 BGB), even if partial deliveries are made or the Contractor has undertaken further services (e.g. installation). If handover/dispatch is delayed due to a circumstance attributable to the Customer, the risk passes upon notification that the goods are ready for dispatch (Paragraph 6 remains unaffected).

(6) Where installation or commissioning by the Contractor has been agreed, the risk passes upon acceptance, at the latest upon commissioning.

§ 5 Retention of Title

(1) The Contractor retains title to the delivered goods until all claims arising from the business relationship with the Customer have been paid in full (extended and expanded retention of title).

(2) The Customer is obliged to treat the reserved goods with care and to insure them adequately against damage. In the event of seizure or other intervention by third parties, the Customer must immediately point out the Contractor's ownership in text form and inform the Contractor.

(3) The Customer is entitled to resell the reserved goods in the ordinary course of business. It hereby assigns to the Contractor all claims arising from the resale in the amount of the final invoice total; the Contractor accepts this assignment.

(4) If the reserved goods are processed, mixed or combined with other goods not belonging to the Contractor, the Contractor acquires co-ownership of the new item in the proportion of the invoice value of the reserved goods to that of the other processed goods.

(5) If the realisable value of the securities exceeds the secured claims by more than 10 %, the Contractor is obliged, at the Customer's request, to release securities of its choice.

§ 6 Warranty and Rights in Respect of Defects

(1) The Contractor is liable for defects in the goods in accordance with the statutory provisions, unless otherwise provided below.

(2) The Customer must inspect the goods immediately after delivery and give notice in text form of obvious defects within 7 working days and of hidden defects immediately after their discovery (Section 377 of the German Commercial Code, HGB). If notice is not given, the goods are deemed approved, unless the defect was not recognisable upon inspection.

(3) In the case of justified notices of defects, the Contractor shall, at its option, provide subsequent performance by repair or replacement delivery.

(4) If subsequent performance fails or is wrongfully refused or delayed, the Customer may withdraw from the contract or reduce the purchase price.

(5) The limitation period for claims for defects is 12 months from the transfer of risk, unless a longer period is mandatory by law (e.g. in cases of intent, fraudulent concealment of the defect, injury to life, body or health, and recourse claims pursuant to Sections 478, 445b BGB).

(6) The Contractor gives no warranty for materials, design specifications, drawings or specifications provided by the Customer insofar as defects result therefrom.

(7) For individually designed systems, a formal final acceptance (Section 7) is deemed agreed. The warranty period begins upon its completion. If acceptance is wrongfully refused, the warranty period begins upon commissioning of the system.

§ 7 Final Acceptance of Individual Systems

(1) For special-purpose machines and individually manufactured systems, a joint final acceptance (factory acceptance and/or acceptance at the installation site) takes place before handover, in which the contractually agreed performance characteristics are verified by means of an acceptance protocol.

(2) A written protocol is drawn up on the acceptance and must be signed by both parties. If defects are identified that do not materially impair functionality, acceptance may take place subject to rectification of the defects.

(3) If the Customer puts the system into operation despite knowledge of defects, or does not refuse acceptance within 10 working days of a request, stating specific, material defects, acceptance is deemed to have taken place (deemed acceptance).

(4) Costs of repeat acceptances that become necessary due to defects for which the Customer is responsible or due to non-appearance shall be borne by the Customer.

§ 8 Liability and Limitation of Liability

(1) The Contractor is liable without limitation:

- in cases of intent and gross negligence,
- in cases of injury to life, body or health,
- in accordance with the Product Liability Act (Produkthaftungsgesetz),
- in cases of fraudulent concealment of a defect or assumption of a guarantee of quality.

(2) In cases of slightly negligent breach of an essential contractual obligation, the fulfilment of which makes proper performance of the contract possible in the first place and on whose compliance the Customer may regularly rely (cardinal obligation), the Contractor's liability is limited in amount to the foreseeable damage typical for this type of contract.

(3) Unless Section 8(2) applies, the Contractor's liability for slightly negligent breaches of duty is excluded. This applies in particular to indirect damages, lost profits and production downtime, insofar as they are not based on a breach of an essential contractual obligation.

(4) The above limitations of liability also apply in favour of the Contractor's statutory representatives, executive employees and other vicarious agents, except for liability for intent and gross negligence.

(5) The above provisions do not entail a change in the burden of proof to the Customer's detriment.

§ 9 Rights of Use and Intellectual Property

(1) The Contractor reserves all ownership rights and copyrights in all documents provided in the course of preparing offers and performing the contract (design drawings, technical documentation, software, control programs, etc.).

(2) These documents may not be made accessible to third parties, nor used, reproduced or modified for purposes other than those contractually agreed, without the Contractor's prior written consent.

(3) Where software (e.g. control software) is included in the scope of delivery, the Contractor grants the Customer a non-exclusive, non-transferable right of use for the intended operation of the delivered system. The source code is not covered by the grant of rights of use unless otherwise agreed in text form.

§ 10 Data Protection

(1) The Contractor processes the Customer's personal data in the context of contract initiation and performance in compliance with the General Data Protection Regulation (GDPR) and the German Federal Data Protection Act (BDSG).

(2) Further information on the processing of personal data can be found in the Contractor's privacy policy at www.kms-automation.de .

(3) Where commissioned processing within the meaning of Art. 28 GDPR is required in the course of contract performance, the parties shall conclude a separate data processing agreement.

§ 11 Contract Term and Termination (for maintenance/service contracts)

(1) If a maintenance, service or other continuing obligation contract is concluded between the parties, the terms and notice periods agreed in the respective individual contract apply.

(2) In the absence of a different provision, such a contract may be terminated by either party by ordinary notice of 3 months to the end of a calendar year.

(3) The right to extraordinary termination for good cause remains unaffected.

§ 12 Governing Law and Place of Jurisdiction

(1) All legal relationships between the parties are governed exclusively by the law of the Federal Republic of Germany, excluding the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG).

(2) The exclusive place of jurisdiction for all disputes arising from or in connection with this contractual relationship, insofar as the Customer is a merchant, a legal entity under public law or a special fund under public law, is the Contractor's registered office in Rottweil. However, the Contractor is also entitled to sue at the Customer's general place of jurisdiction.

§ 13 Severability Clause

(1) Should individual provisions of these GTS be or become invalid or unenforceable, the validity of the remaining provisions shall remain unaffected.

(2) These GTS are drawn up in German and English. In the event of any discrepancies in interpretation or errors of translation, the German version shall exclusively prevail